

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis: 1 Mark. — Postfach-Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis für die Anzeigen: 20 Pfennige. — Belegpreis für die Anzeigen: 20 Pfennige. — Belegpreis für die Anzeigen: 20 Pfennige. — Belegpreis für die Anzeigen: 20 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1498

Nr. 35

Freitag, den 11. Februar 1927

22. Jahrgang

Die polnischen Deutschenausweisungen.

Ein Bericht des deutschen Botschafters.

Berlin, 10. Febr. Von gut unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß der deutsche Botschafter in Warschau, Kauscher, der Reichsregierung über die Deutschenausweisungen in Oberschlesien bereits einen Bericht übermittelt hat, der zu der Hoffnung keine Berechtigung gibt, daß die Warschauer Regierung die Ausweisungsbefehle zurückzieht. Dem Botschafter gegenüber ist polnischerseits das Bedauern ausgesprochen worden, daß die polnische Behörde in Oberschlesien sich infolge des Verhaltens der ausgewiesenen Deutschen veranlaßt gesehen habe, die Ausweisungen vorzunehmen. In Warschau werde dieser Schritt bedauert, da er zu einer Komplizierung des deutsch-polnischen Verhältnisses führen könne, man müsse sich aber den Gründen fügen und versuchen, trotzdem die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen nicht zu verschärfen. In Polen könne man keine Veranlassung, die Handelsvertragsverhandlungen abzubrechen, vielmehr lege man Wert auf die Feststellung, daß der baldige Abschluß eines Wirtschaftsvertrages das Ziel der polnischen Unterhändler sei. Das Reichskabinett wird am Donnerstag zu dem Bericht Stellung nehmen und über die weiteren Schritte beraten. Obgleich die Fortführung der Handelsvertragsverhandlungen bei der gegenseitigen Verständigung kaum Aussicht auf Erfolg hat, werden die Besprechungen auch deutscherseits kaum abgebrochen werden. Eine andere Frage ist es, ob das Verhalten Polens keine Rückwirkungen auf die Locarnopolitik mit sich bringt und die bevorstehende Märztagung des Völkerbundes erregte Debatten über die Minderheitenfrage zeitigen wird. Ungeklärt ist auch noch die polnische Einstellung zu einer Entschädigung der Stickstoffwerke in Chorzow.

Zu den plötzlichen neuen Schwierigkeiten bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die die Gefahr eines Abbruchs der Verhandlungen heraufbeschworen haben, besagt eine offiziöse deutsche Mitteilung:

Es trifft leider zu, daß in den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen eine ernste Krise eingetreten ist. Schon seit mehreren Monaten brechen sich die Verhandlungen im wesentlichen um dieselben Punkte, ohne vom Fied zu kommen. Im November v. J. sah sich deshalb der deutsche Bevollmächtigte veranlaßt, der polnischen Delegation präzise Fragen über bestimmte Punkte der im Handelsvertrag zu regelnden Niederlassung der beiderseitigen Staatsangehörigen zu stellen.

Die polnische Haltung in diesen Fragen hat sich jedoch seither nur unwesentlich geändert, so daß man trotz aller deutschen Bemühungen einer Verständigung über die vertragliche Regelung von Einreise, Aufenthalt und Niederlassung auch jetzt noch nicht nähergekommen ist. Auch bei den Verhandlungen über die zolltariflichen Bestimmungen hat eine Annäherung in den letzten Monaten nicht erzielt werden können.

Diese Verhandlungslage ist nun in der letzten Zeit durch die Ausweisung einer Anzahl von Reichsdeutschen, insbesondere aus Polnisch-Oberschlesien, noch weiter schwer belastet worden. Es handelt sich dabei u. a. um die leitenden deutschen Beamten der Oberschlesischen Kleinbahn-Elektrizitätswerke A. G., deren Ausweisung der polnische Wojewode ausschließlich mit der Tatsache begründet hat, daß es sich hier um Reichsdeutsche handele, deren Stellen für polnische Staatsangehörige frei gemacht werden müßten.

Die „Kaiser-Partei“.

Im deutschen Partelleben ist inzwischen die Bildung einer neuen Partei zu verzeichnen, die bei den nächsten Reichstagswahlen in Erscheinung treten dürfte. Es handelt sich um die „Deutsche Kaiserpartei“, die sich bei einer Feier des Militärjubiläums des früheren Kaisers der breiteren Öffentlichkeit vorgestellt hat. Die neue Partei will die royalistische und legitimistische Tendenz in der nationalen Bewegung verkörpern.

In einer neuen Zeitschrift „Der Abbelunge“ (Herausgeber: Fronje Hagen) wird nach einem Artikel über den „Verrat am Kaiser“, der u. a. das Verhalten der Offiziere bei der Revolution heftig kritisiert, ein Aufruf veröffentlicht, der zu „Masseneintritten“ in die Deutsche Kaiserpartei auffordert. Der Artikel beginnt mit dem Satz:

„Die Deutschnationale Volkspartei hat dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zugeschworen und ist damit fahnenflüchtig geworden.“

Wunderbar! — Einfach fabelhaft! — Selbst die Deutschnationalen sind nicht mehr fahnenflüchtig. Kaum zwei Wochen als treue Hüter der Verfassung in der Regierung, werden die „wahrhaft Nationalen“ vor ihnen gewarnt und aufgefodert, der neuen Kaiserpartei beizutreten.

Was machen nun die Herren Westarp und Braef? Werden sie ihrerseits die Wähler vor der neuen Kaiserpartei warnen? Gewiß so: Der Nationalismus der Kaiserpartei ist kein Nationalismus, sondern nur Protektionismus, d. h. mehrere Herren waren geneigt, einen Verstoß zu ergreifen. Trotzdem die Deutschnationale Partei, die wahrhaft national ist, sich Mühe gegeben hat, diese Herren bei der Regierungsbildung unterzubringen, ist es nicht gelungen. Velder standen der Deutschnationalen Partei nur vier Ministerposten zur Verfügung. Aus Wut haben diese Herren die neue Partei gegründet. Gegenüber hat die Deutschnationale Partei nichts einzuwenden, denn sie freut sich, daß es den Herren gelungen ist, die Posten der Parteivorsitzenden, Kassierer usw. usw. zu besetzen und dadurch ein auskömmliches Einkommen zu finden. Sie verwahrt sich aber dagegen, daß diese neue Partei sich erlaubt, sich „national“ zu nennen, ja sogar „nationale“ Kreise vor der Deutschnationalen Partei zu warnen. Die Deutschnationale Partei macht darauf aufmerksam, daß „national“ ihre Erfindung ist. Die übrigen deutschen Volksgenossen sind lediglich nur deutsch. Sich mit dem Worte „national“ zu bezeichnen, ist ihnen untersagt. Die Deutschnationale Partei wird geschäftlich gegen alle

Rachamer vorgehen. Gleichzeitig teilt sie mit, daß sie die Wörter „national“ und „baterländisch“ zum Muster schuß angemeldet hat.

So oder ähnlich wird die Antwort Westarps an Herrn Hagen (S. M. Partei) wohl lauten. Man darf gespannt sein, wie die nationalen Konkurrenten sich gegenseitig begeiern.

Der jungdeutsche Protest.

Die Äußerung gegen das jungdeutsche Ordensmitglied Haffo von Treskow wird von der deutschnationalen Presse aufgegeben. Demgegenüber erklärt der Jungdeutsche Orden, er könne seinen Ordensbruder nicht im Stich lassen, nur weil Herr v. Treskow inzwischen Minister geworden sei und viele sich durch das Bekanntwerden dieser Dinge ein mühsam abgeschlossener Parteilidhandel gefährdet werden könne. Weiter erklärt das Organ des Jungdeutschen Ordens: „Wir erwarten von einem Reichsinnenminister, daß er die staatsbürgerlichen Rechte seiner Volksgenossen wahret. Wir protestieren daher gegen Herrn v. Treskow als Reichsinnenminister, weil er offenbar der Ansicht ist, daß politisch Andersdenkende mit Mitteln unethischer Vorgehens erledigt werden müssen.“

Austritt Graf Reventlows aus der Döblischen Freiheitsbewegung.

Einer Berliner Meldung zufolge wurde gestern im Reichstag bekannt, daß auch Abg. Graf Reventlow seinen Austritt aus der Döblischen Freiheitsbewegung erklärt hat. Er hat sich der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei angeschlossen.

Warum Dr. Wirth mit Nein stimmte

In dem am Freitag erscheinenden Heft der Zeitschrift „Deutsche Republik“ schreibt Dr. Wirth über seine Haltung bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum: Das „Nein“ war wohlwollend und wohlbedacht. Ich stehe zu diesem Nein. So wie mein Nein als Wort lautete, so stehe ich auch innerlich zu dieser Regierung. Ich stehe ihr nicht nur ablehnend und fremd gegenüber, sondern ich begegne ihr mit Vertrauen, weil es für mich als Republikaner unmöglich ist, dieser Regierung mein Vertrauen zu geben. Man präsentiert uns Männer, die für die Republik eine Provokation sind. Mit Wenn und Aber, mit Vorbehalten, mit Wiederholung alter Formeln ging man zur Macht. Man wehrte sich sogar dagegen, die Richtlinien des im Zentrum ausgearbeitet worden sind, auch nur der Öffentlichkeit zu übergeben. Man schob das Mani-fest zum Weite, an dem ich mitgearbeitet habe.

Der Kampf um das deutsche Schulwesen in der Bukowina.

Von einem Mitarbeiter in der Bukowina (Rumänien) wird dem Deutschen Ausland-Institut geschrieben:

Die minderheitenfeindliche nationalistische Politik des Unterrichtsministers Anghelescu im gewissen liberalen Kabinett Bratianu hatte dem Schulwesen der buchenländischen Deutschen vielerlei die schwersten Wunden geschlagen. War der Stand der deutschen Schulen in der Bukowina, soweit Schulkinder deutscher Nationalität in Betracht kamen, bis zum Jahre 1922 — dem Regierungsantritt der liberalen Regierung — im allgemeinen ungeschmäliert geblieben, so bestanden Anfang 1926, als die Betrauung des Kabinetts Bratianu zu Ende ging, in der Bukowina einschließlich von Czernowitz, nur mehr 19 deutsche Volksschulen mit 87 Klassen, während der Rest rumänisiert worden war. Infolgedessen bildeten die Schulfragen in dem Wahlabkommen, das zwischen den Deutschen des Buchenlandes und dem Kabinett Averescu abgeschlossen worden war, den wichtigsten Punkt, wie es auch für den auf Grund dieses Wahlabkommens gewählten deutschen Abgeordneten Dr. Alfred Kohlruch nach den Wahlen zu einer Hauptaufgabe wurde, bei der Regierung die Erfüllung der im Wahlabkommen bezüglich der Schulen eingegangenen Versprechungen durchzusetzen. Nach langen betriebe ein Jahr lang dauernden Bemühungen ist es nunmehr Abg. Kohlruch gelungen, dies in allen Punkten wenigstens grundsätzlich zu erreichen.

Die Schulforderungen der buchenländischen Deutschen ließen sich in zwei Gruppen teilen: Die eine Gruppe betraf die Rückversetzung der unter der liberalen Regierung aus der Bukowina in die entferntesten Gegenden des Reiches und Bekarabiens vertriebenen deutschen Gymnasialprofessoren. Diesbezüglich wurde erreicht, daß sozusagen alle vertriebenen deutschen Professoren in die Bukowina rückversetzt wurden, und zwar in der Form, daß sie mittels Dekrets für bestimmte Lehranstalten angestellt und dadurch nach den bestehenden Gesetzen untergeordnet wurden. Dieser Erfolg ist umso mehr zu begrüßen, da sich unter diesen rückversetzten Professoren auch um das Bukowiner Deutschum außerordentlich verdiente Persönlichkeiten wie u. a. Dr. Adolf Buz, der Obmann des Vereins der Christlichen Deutschen in der Bukowina, und Prof. Georg Brodner befinden, die dadurch auch ihrer Arbeit auf dem Gebiet der Pflege ihres Volkstums zurückgeben wurden.

Die andere Gruppe der Schulforderungen der bukowiner Deutschen umfaßte die Forderungen nach der Wiedererrichtung der in den letzten Jahren gesperrten deutschen Volksschulen. Diesbezüglich hatte die Tätigkeit des Abg. Kohlruch seit dem Zusammenreten des Parlaments keinen Augenblick geruht. Es kostete außerordentliche Mühe, bei dem scharfen Widerstand einzelner noch aus der Regierungszeit des Herrn Anghelescu übernommenen Organe der Unterrichtsverwaltung sowohl die maßgebenden Kreise in der Bukowina als auch die Zentralstellen in Bukarest grundsätzlich zur Erfüllung der diesbezüglichen Bestimmungen des Wahlpatres zu veranlassen. Erst mit der Jahreswende gelang es, diesbezüglich einen Erfolg zu erringen, indem das Unterrichtsministerium Mitte Januar endlich den Erlaß bezüglich der Reaktivierung der deutschen Volksschulen und Parallelklassen herausgab, womit die energetische Tätigkeit des Abg. Kohlruch schließlich doch gekrönt wurde.

Während es nicht daran zu zweifeln ist, daß die untergeordneten Organe der Durchführung dieses Erlasses noch die größten Schwierigkeiten in den Weg legen werden. Aber ein Weg zur Ueberwindung dieser Hemmnisse wird auch gefunden werden, um so mehr da die Hauptschwierigkeit, der Widerstand der zentralen Stellen im Ministerium, nunmehr beseitigt ist.

Der erfolgreich durchgeführte Kampf um den kulturellen Geltungsraum bildet ohne Zweifel ein Ruhmesblatt für die junge politische Organisation der buchenländischen Deutschen unter der Führung ihres Abg. Kohlruch; er zeigt aber gleichzeitig auch, wie unendlich schwer dies Deutschum um sein Dasein zu ringen hat.

Sudetendeutsche Parlamentarier und tschechische Sprache.

Eine sehr lehrreiche Statistik veröffentlicht Senator Dr. W. Wobinger in der Jubiläumsausgabe der „Böhemia“ die auf einer Rundfrage bei den deutschen parlamentarischen Klubs beruht, auf welche nur die Sozialdemokraten nicht geantwortet haben. Von 78 sudetendeutschen Parlamentariern beherzichten nur 6 die tschechische Sprache in Wort und Schrift vollständig, 11 beherrschen das Tschechische im Wort stehen aber nicht fehlerfrei, im Schriftlichen jedoch schwach, 19 können Tschechisch nur radebrechen, während 87 gar kein Tschechisch können. Danach sind also 92 Prozent oder doch 77 Prozent der deutschen Abgeordneten und Senatoren auf Grund der vorhandenen Geschäftsordnung von der aktiven Teilnahme an der Regierung und von allen Funktionen im Parlament und seinen Kommissionen ausgeschlossen. Man kann also keineswegs behaupten, sagt Dr. Wobinger, daß die heutige Geschäftsordnung in sprachlicher Hinsicht den praktischen Bedürfnissen des Parlaments entspricht; also müsse man sie ändern, wenn man endlich einer Befundung des Legislativorgans zustrebt.